

Zeitschrift:	Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie = Swiss journal of sociology
Herausgeber:	Schweizerische Gesellschaft für Soziologie
Band:	38 (2012)
Heft:	2
Artikel:	Entwicklung der Einkommensungleichheit in Deutschland und in der Schweiz seit der Jahrtausendwende
Autor:	Grabka, Markus M. / Kuhn, Ursina
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-815123

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Entwicklung der Einkommensungleichheit in Deutschland und in der Schweiz seit der Jahrtausendwende

Markus M. Grabka* und Ursina Kuhn**

1 Einführung

Die Einkommensungleichheit und die Verteilung des wirtschaftlichen Wachstums ist eine wichtige Sorge der heutigen Gesellschaften. Sowohl in Deutschland als auch in der Schweiz wird in politischen Diskussionen und Medien oft moniert, dass die Mittelschicht schrumpft und die Schere zwischen Reich und Arm sich weiter öffnet (z. B. *Der Spiegel* 2010). Die Diskussionen um Bankenrettungen und Boni während der Wirtschaftskrise haben diesen Eindruck noch verstärkt. Der weitbeachtete OECD-Bericht "Growing unequal" (2008) und viele andere Studien (z. B. Cornia und Kiiski 2001; Brandolini und Smeeding 2009; OECD 2011a) haben zudem gezeigt, dass es in den meisten Staaten über die vergangenen Jahre tatsächlich eine Tendenz zu steigender Ungleichheit gibt.

Die Einkommensungleichheit ist nicht nur als zentrale Dimension sozialer Ungleichheit von Interesse, sondern hängt auch mit verschiedenen Indikatoren der Lebenslage der Mitglieder einer Gesellschaft zusammen, wie zum Beispiel der Lebenszufriedenheit, der Qualität sozialer Beziehungen, der Häufigkeit psychischer Krankheiten, Kriminalität, Übergewicht oder dem Drogenkonsum (Wilkinson und Pickett 2009). Zudem ist Ungleichheit direkt mit sozialer Mobilität verbunden: Soziale Mobilität ist im Allgemeinen stärker in Ländern mit geringer Einkommensungleichheit und umgekehrt (OECD 2008).

Angesichts der Bedeutung der Einkommensverteilung ist eine gute und im internationalen Vergleich harmonisierte empirische Basis zur Messung von Ungleichheit zentral. Dazu möchten wir in zweifacher Hinsicht einen Beitrag leisten. Erstens sind nur wenige wissenschaftliche Studien zur aktuellen Verteilung der Haushaltseinkommen in der Schweiz und deren Entwicklung verfügbar. Zweitens sind Vergleiche zwischen Staaten aufgrund unterschiedlicher Datenquellen als auch abweichender Definitionen schwierig (Atkinson und Brandolini 2006) und liegen meist nicht in detaillierter Form vor.

* Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW BERLIN) und TU Berlin, D-10117 Berlin, mgrabka@diw.de.

** Swiss Center of Expertise in the Social Sciences FORS, CH-1015 Lausanne, Ursina.Kuhn@fors.unil.ch.

Mit dem Schweizer Haushalt-Panel (SHP) und dem deutschen Sozio-ökonomischen Panel (SOEP), die beide Bestandteil des international harmonisierten Datensatzes für Einkommensanalysen des Cross-National Equivalent Files (CNEF) (Frick et al. 2007) sind, liegen vergleichbare und harmonisierte Daten vor, die es erlauben, die Einkommenssituation in der Schweiz und in Deutschland zu vergleichen. Die zwei Länder sind nicht nur geografische Nachbarn, sondern weisen viele Parallelen im ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext auf. Trotzdem gibt es erstaunliche Unterschiede in der Einkommensungleichheit der beiden Länder, die wir hier beleuchten werden. Nach einem kurzen Literaturüberblick zu der Entwicklung der Einkommensverteilung Deutschlands und der Schweiz und einer theoretischen Diskussion zu den Determinanten der Ungleichheit, beschreiben und vergleichen wir die Einkommensungleichheit und -mobilität in Deutschland und in der Schweiz anhand aktueller Daten der Jahre 2000 bis 2009. Diese Zeitspanne umfasst das starke Wirtschaftswachstum bis 2007 und den Beginn der anschliessenden Wirtschaftskrise, die in bisherigen Studien bislang noch nicht abgebildet ist. Abschliessend suchen wir nach Erklärungen für die unterschiedlichen Entwicklungen.

2 Theoretische Erklärungen zur Einkommensungleichheit

Obwohl das Thema der Einkommensungleichheit im Zentrum des soziologischen Interesses steht, wurde die aktuelle Diskussion um steigende Einkommensungleichheit lange hauptsächlich von Ökonomen geführt, zunehmend aber auch von Soziologen und Politologen (z. B. vgl. Myles 2003 oder Kenworthy 2007 zur Rolle der Soziologie).

Die Theorien, die zur Erklärung der Einkommensungleichheit angewendet werden, unterscheiden sich hingegen nicht hinsichtlich der Disziplinen (Überblicke dazu finden sich zum Beispiel in Albrecht und Albrecht 2007; OECD 2008). Die verschiedenen Theorien und Faktoren, die das Ungleichheitsniveau bestimmen, können in drei verschiedene Bereiche eingeteilt werden, die untereinander allerdings nicht unabhängig sind: ökonomische Faktoren, Politikmassnahmen und demografische Faktoren.

Zu den ökonomischen Faktoren gehört die Globalisierung, der technische Fortschritt, der Sektorwandel, das Wirtschaftswachstum oder die wachsende Bedeutung von Kapitalerträgen. Wir werden auf diese Aspekte hier nicht näher eingehen. Erstens sind diese Faktoren bereits ausgiebig untersucht worden (z. B. Katz und Murphy 1992; Nollmann 2006; Koeninger et al. 2007; Visser und Cecchi 2009; Frässdorf et al. 2011). Zweitens sind Deutschland und die Schweiz von diesen hauptsächlich externen Faktoren ähnlich betroffen, so dass diese als mögliche Erklärungen für Unterschiede bzgl. der Einkommensungleichheit weitgehend wegfallen. Beide Staaten sind als Exportnationen stark von der Globalisierung und dem technologischen

Wandel betroffen und weisen ein weitgehend paralleles Wirtschaftswachstum aus. Drittens zielen diese Faktoren primär auf die Ungleichheit von Arbeitseinkommen, die hier nicht im Zentrum stehen. Zwar schlägt sich das Arbeitseinkommen als wichtigste Einkommensquelle der Haushalte direkt auf die Ungleichheit der Haushaltseinkommen nieder, aber neben deren Verteilung ist ebenso die Partizipation auf dem Arbeitsmarkt von Bedeutung (vgl. z. B. Kenworthy 2007). In diesem Beitrag fokussieren wir vielmehr auf das Haushaltseinkommen, bei dem Politikmassnahmen und demografische Faktoren eine stärkere Rolle spielen dürften. Der Staat verteilt durch das Steuer- und Transfersystem die Markteinkommen um, beeinflusst aber auch durch Regulierung des Arbeitsmarktes (z. B. durch Mindestlöhne oder dem Einbezug der Gewerkschaften), das Bildungssystem und andere Massnahmen die Verteilung der Markteinkommen (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1996; Bradley et al. 2003).

Obwohl die Schweiz im Vergleich zu Deutschland lange als schwacher Sozialstaat angesehen wurde, gilt dies nach dem Ausbau während der 1990er Jahre nicht mehr. Gemessen am Anteil der Sozialausgaben am BIP, nimmt der Sozialstaat etwa den gleichen Umfang wie in Deutschland ein. Zentral ist aber auch die Ausgestaltung des Steuersystems und einzelner Sozialprogramme.

Veränderungen der Bevölkerungs- und Haushaltsstruktur stehen zunehmend im Fokus als weitere Ursachen zunehmender Einkommensungleichheit. Insbesondere führt die Zunahme von Einpersonenhaushalten und Alleinerziehenden zu einem Anstieg der Ungleichheit (z. B. Daly und Valletta 2006 für die USA, Peichl et al. 2011 für Deutschland), da ein innerhäusiger Umverteilungsprozess, wie er bei einem Paarhaushalt üblicherweise stattfindet, nicht mehr vorliegt (Esping-Andersen 2007). Auch die Alterung der Bevölkerung und Migration können sich auf die Einkommensverteilung auswirken (von Weizsäcker 1996), wenngleich Biewen und Juhasz (2000) für Deutschland aufzeigen, dass dies bis dahin nur von untergeordneter Bedeutung war. Eine originär soziologische Fragestellung im Zusammenhang von veränderten Bevölkerungs- und Haushaltsstrukturen stellt die Suche nach den Ursachen und Wirkungen von zunehmender Homogamie dar (z. B. Burgess und Wallin 1943; Kalmijn 1991). Gemäß der Ähnlichkeitshypothese aus der Partnerwahlforschung wird ein Partner bevorzugt, der soziale Charakteristika (Schicht, Bildungsniveau, Lebensstil, usw.) aufweist, die mit den eigenen eine hohe Übereinstimmung aufweisen. Im Ergebnis führt damit die Homogamie zu einer zunehmenden Ungleichheit der Haushaltseinkommen zwischen Paaren unterschiedlicher Schichten (Worner 2006).

Aus der theoretischen Diskussion können keine eindeutigen Hypothesen über die Entwicklung/Richtung der Ungleichheit in Deutschland und der Schweiz abgeleitet werden. Der makroökonomische Kontext in beiden Ländern ist zwar weitgehend vergleichbar, eine wichtige Ausnahme stellt aber der Arbeitsmarkt dar. Einerseits ist der Arbeitsmarkt in der Schweiz viel weniger reguliert, was eine grö-

ssere Ungleichheit in der Schweiz (wie in den angelsächsischen Staaten) gegenüber Deutschland vermuten lassen würde. Andererseits ist die Arbeitsmarktpartizipation in der Schweiz viel höher, was die Ungleichheit der Markteinkommen senkt.

Die Umverteilungswirkung des Sozialstaats und des Steuersystems als auch der Einfluss der Gesellschaftsstruktur werden im Folgenden empirisch näher betrachtet, da hier *a priori* keine direkten Auswirkungen auf die Ungleichheit bekannt sind.

3 Forschungsstand zur Einkommensungleichheit

3.1 Einkommensverteilung in der Schweiz

Im Vergleich mit anderen OECD Ländern war der Gini-Koeffizient für das verfügbare Haushaltseinkommen in der Schweiz Mitte der 2000 Jahre mit einem Wert von 0,276 unterdurchschnittlich (OECD 2011b). Die längste Perspektive zur Veränderung der Einkommensungleichheit findet sich bei Dell et al. (2007), die die Entwicklung der höchsten Einkommen und Vermögen im 20. Jahrhundert (bis 1996) auf Basis von Steuerdaten betrachten. Im Gegensatz zu fast allen anderen untersuchten Staaten, haben sich die Einkommens-/Vermögensanteile des reichsten 1% und 0,1% in der Schweiz kaum verändert. Diese Stabilität wird durch zwei Faktoren erklärt: Erstens hat der 2. Weltkrieg die Einkommensstruktur in der Schweiz relativ wenig verändert und zweitens sind Einkommens- und Vermögenssteuern wenig progressiv und Erbschaftssteuern von geringer Bedeutung. Die Konzentration von Einkommen und Vermögen war in den 1960er Jahren im internationalen Vergleich sehr stark und hat seit den 1970er Jahren leicht abgenommen. Eine Abnahme in den 1970er Jahren stellen auch Ernst (1983) und Buchmann und Sacchi (1995) fest. In den 1980er Jahren ist die Ungleichheit wieder angestiegen (Buchmann und Sacchi 1995; Leu et al. 1997).

Während diese Beiträge auf Steuerdaten (und somit auf Steuereinheiten als Analyseeinheit) basieren, zeigen Leu et al. (1997) die Verteilung der Haushaltseinkommen in den frühen 1990er Jahren. Dabei weist die Schweiz im Vergleich mit anderen OECD-Staaten eine überdurchschnittliche Ungleichheit auf.¹

Zur aktuellen Verteilung von Haushaltseinkommen in der Schweiz gibt es zwar kaum akademische Beiträge, aber eine Reihe von Behördenberichten. Die Studie von Müller et al. (2004) hat einerseits einen geringen Anstieg der Ungleichheit der verfügbaren Einkommen zwischen 1990 und 1998 auf Basis der Einkommens- und Verbrauchserhebung festgestellt, der hauptsächlich auf veränderte Markteinkommen zurückzuführen ist. Andererseits ergab die Analyse der Steuerdaten (zwischen 1987/88 und 1995/96) eine Reduktion der Ungleichheit (vgl. auch Stamm et al. 2003). Peters (2010) hat einen geringen Anstieg des Gini-Koeffizienten zwischen

¹ Ausgewählte Studien zur Entwicklung der Ungleichheit von Arbeitseinkommen finden sich bei Küng Gugler und Blank (2000), Balzani und Abul Naga (2002).

2003 und 2006 in den Steuerdaten festgestellt, der auf einen überproportionalen Anstieg des obersten Quintils zurückzuführen ist. Schliesslich hat das Bundesamt für Statistik (BFS 2011) die Entwicklung des Gini-Koeffizienten der verfügbaren Haushaltseinkommen anhand der Einkommens- und Verbrauchserhebung von 1998 bis 2008 im Rahmen des statistischen Sozialberichts (2011) publiziert, die eine weitgehende Stabilität der Ungleichheit zeigt.

Zusammenfassend können wir sagen, dass die wenigen Artikel zur Einkommensungleichheit in der Schweiz auf unterschiedlichen Datenquellen und Einkommenskonzepten beruhen und entsprechend eher zu widersprüchlichen Resultaten kommen. Zwar deutet sich eine gewisse Stabilität der Einkommensungleichheit seit 1990 in der Schweiz an, dennoch weisen verschiedene Ergebnisse auf steigende Einkommen am obersten Rand der Verteilung hin. Es kann an dieser Stelle vermutet werden, dass eventuell eine nicht ausreichende Repräsentation oberer Einkommen in verschiedenen Datenquellen zu diesen unterschiedlichen Ergebnissen beitragen.

3.2 Einkommensverteilung in Deutschland

Deutschland zeichnet sich derzeit ebenso wie die Schweiz durch eine eher unterdurchschnittliche Einkommensungleichheit im internationalen Vergleich aus (OECD 2011b). Über die 80er Jahre hinweg war die Einkommensungleichheit in Deutschland eher stabil und deutlich geringer als heute. Dies gilt sowohl für die Erwerbseinkommen (Antonczyk et al. 2010) als auch für die verfügbaren Haushaltseinkommen (Hauser und Becker 2001). Obwohl die Wiedervereinigung im Jahre 1990 eine Herausforderung sowohl für den Arbeitsmarkt als auch die gesamte Wirtschaft und den Sozialstaat war, nahm in Westdeutschland die Einkommensungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen zunächst nicht zu. In Ostdeutschland dagegen ist es im Rahmen des Transformationsprozesses zu einem starken Anstieg insbesondere der Ungleichheit der Erwerbseinkommen gekommen (Franz und Steiner 2000). Diese Zunahme fand vor allem für gering qualifizierte Beschäftigte oder Berufsanfänger statt (Gernandt und Pfeifer 2007). Aufgrund des massiven Umverteilungsprozesses innerhalb Deutschlands zugunsten Ostdeutschlands fällt die Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen im Ostteil des Landes seit der Wiedervereinigung jedoch niedriger aus als in Westdeutschland (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2006).

Seit dem Jahr 2000 nimmt in Deutschland insgesamt die Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen signifikant zu (Frick und Grabka 2010a; OECD 2011a). Beispielsweise hat die relative Einkommensarmut gemessen an einer Armutsriskoschwelle von weniger als 60% des Medians zwischen 2000 und 2005 von 10% auf 15% signifikant zugenommen. Das Ausmaß an Veränderung der Einkommensungleichheit in Deutschland ist damit im internationalen Vergleich mehr als doppelt so groß wie der OECD Durchschnitt (OECD 2011a). Eine relevante Rolle spielt in diesem Zusammenhang wie in vielen anderen Staaten auch

die Zunahme der Einkommen am obersten Rand der Verteilung (Piketty und Saez 2006; Bach et al. 2009).

4 Einkommenskonzept und Daten

4.1 Einkommensdefinition

Die Wahl des Einkommenskonzepts hat direkte Auswirkungen auf die gemessene Ungleichheit. So verkleinert zum Beispiel die Berücksichtigung von nicht-monetären Einkommensvorteilen aus öffentlichen Gütern und Dienstleistungen, Bildung oder Gesundheit die Ungleichheit der Haushaltseinkommen. Umgekehrt steigt die gemessene Ungleichheit wenn indirekte Steuern, Mieten oder Gebühren berücksichtigt werden (OECD 2008). In diesem Beitrag verwenden wir die Einkommensdefinitionen des CNEF, die weitgehend auf den Empfehlungen der Expert Group on household income statistics (2001) beruhen.²

Wir untersuchen die Einkommensungleichheit anhand des Markteinkommens und des verfügbaren Haushaltseinkommens. Das Markteinkommen besteht aus dem Arbeitseinkommen, dem Kapitaleinkommen, privaten Transfers und – den Empfehlungen der internationalen Literatur und der EU-Kommission folgend – fiktiven Einkommensvorteilen aus selbst genutztem Wohneigentum (“Imputed Rent”). Das verfügbare Einkommen beinhaltet zusätzlich Renten aus Sozialversicherungen, Sozialtransfers, direkte Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und die obligatorische Krankenversicherung. Zur besseren Vergleichbarkeit der Einkommenssituation von Personen in Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung analysieren wir Äquivalenzeinkommen unter Verwendung der modifizierten OECD-Skala.³

4.2 Daten

Neben der Einkommensdefinition beeinflussen auch die Erhebungsart und die Repräsentativität der Daten die gemessene Einkommensverteilung. In diesem Report werden die Erhebungsjahre 2000 bis 2009 des SOEP (vgl. Wagner et al. 2008) und des SHP (vgl. Voorpostel et al. 2010) verwendet, um die aktuelle Entwicklung der Einkommensungleichheit für beide Länder zu beschreiben. Diese Surveys haben verschiedene Eigenschaften, die sich für Aussagen zur Einkommensungleichheit gut eignen.

Erstens sind die Stichproben repräsentativ für die Wohnbevölkerung.⁴ Zweitens werden alle (erwachsenen) Personen eines Haushalts befragt. Drittens finden die

² Diese Einkommensdefinition wird zum Beispiel auch von der OECD oder der Luxembourg income study (LIS) verwendet.

³ Hierbei erhält der Haushaltvorstand ein Gewicht von 1, Kinder bis 14 Jahren ein Gewicht von 0,3 und alle weiteren Haushaltsteilnehmer ein Gewicht von 0,5.

⁴ Im Unterschied zu Querschnittsbefragungen, können Panel-Befragungen nicht nur durch Verweigerungen in der ersten Welle, sondern auch durch spätere Ausfälle (Panel Attrition) verzerrt

Befragungen jährlich (seit 1984 bzw. im SHP seit 1999) in konsistenter Weise statt, um eine Entwicklung der Einkommen über die Zeit adäquat beschreiben zu können und viertens werden die verschiedenen Einkommenskomponenten separat erfasst. Fünftens werden Verzerrungen durch fehlende Antwortangaben als auch grundsätzliche Verweigerungen der Teilnahme an dem Survey durch adäquate Gewichtung und Imputation korrigiert. Es werden in beiden Befragungen nahezu identische Methoden verwendet, um die Vergleichbarkeit von Ergebnissen zu gewährleisten. Schliesslich wurden auch für die Harmonisierung der Einkommensinformationen möglichst gleiche Verfahren verwendet.⁵

Während das SOEP für Deutschland wohl die wichtigste Datenquelle für internationale Vergleiche darstellt (zum Beispiel für Analysen der OECD und der LIS), wurde das SHP bisher kaum für Analysen zur Ungleichheit verwendet. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Daten erst seit kurzem in der oben beschriebenen harmonisierten Form vorliegen. Es gibt aber – wie für alle Datenquellen – einige Eigenheiten, die bei der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigt werden müssen. Erstens basieren die Befragungen des SHP und SOEP auf Personen mit festem Wohnsitz. Zweitens wird durch das Panel-Design, das jährlich die gleichen Haushalte befragt, die jüngste Immigration nur teilweise erfasst.⁶ Durch Auffrischungsstichproben wird dieses Problem vermindert. Im SHP hat die letzte Aufstockung der Stichprobe 2004 stattgefunden, so dass die starke Immigration seither nicht in den Daten berücksichtigt ist. Das SOEP umfasst derzeit neun verschiedene Teilstichproben, die in unregelmäßigen Abständen dazugekommen sind. Drittens gibt es einige Unterschiede zwischen SHP und SOEP, die dazu führen, dass die Schwankungen in den Einkommen und Messfehler im SHP stärker sind. Im SHP ist das Einkommen wegen unterschiedlicher Befragungsschwerpunkte weniger detailliert erfragt als im SOEP.⁷ Zudem befragt das SHP Personen per Telefon,

werden. Grundsätzlich stellt gemäss der Methodenforschung Panel Attrition aber gegenüber Verweigerungen in der ersten Welle ein kleineres Problem dar, da Panel Attrition anteilmäßig weitaus geringer ist, die Verzerrung weniger stark ist und vor allem besser durch Gewichtung bzw. Imputation korrigiert werden kann, da aus vorhergehenden Wellen die Charakteristika der Verweigerer bekannt sind (vgl. für das SOEP Kroh 2010). Das Ausmaß an Panel-Attrition und auch die Strukturen der ausfallenden Personen sind hierbei in beiden Surveys sehr ähnlich. Um den Effekt von Panel Attrition auf die gemessene Ungleichheit zu prüfen, wurden exemplarisch Attriter aus den Analysen ausgeschlossen. Im Ergebnis unterscheidet sich die Ungleichheitsmasse nur geringfügig, zudem ist die Richtung der Abweichung nicht systematisch. Jedoch zeigt sich die bekannte Tendenz der Unterschätzung von Ungleichheit (vgl. Frick und Grabka 2010b). Im Hinblick auf die Datenqualität von Panelbefragungen kann zudem argumentiert werden, dass durch die wiederholte Teilnahme die Befragten mit dem Erhebungsinstrument, den erhobenen Konstrukten als auch mit der Interventionssituation bereits vertraut sind, was sich in geringeren Messfehlern niederschlägt (Frick und Grabka 2010b).

5 Dies gilt zum Beispiel für die Generierung von Imputed rents (vgl. Frick und Grabka 2003; Kuhn 2010) als auch für die Simulation der Steuerbelastung (vgl. für das SOEP Schwarze 1995, für das SHP Kuhn und Schmid 2009).

6 Durch sprachliche Probleme, einer erschwertem Erreichbarkeit und einer höheren Verweigerungsrate sind Migranten grundsätzlich in solchen Stichproben untererfasst.

7 Ein wichtiger Unterschied betrifft den Bezugszeitpunkt der erfassten Einkommen. Im SOEP

während im SOEP die Befragungen überwiegend persönlich per PAPI bzw. CAPI durchgeführt werden. Schliesslich kann auch die längere Historie des SOEP zu einer Stabilisierung der Angaben (panel conditioning effects, Attrition von instabilen Haushalten) geführt haben. Weiter wurden im SHP Veränderungen im Fragebogen vorgenommen, indem ab 2002 und 2004 verschiedene Einkommenskomponenten detaillierter erhoben wurden. Nicht alle Änderungen in den Ungleichheitsmassen sind darum zwingend auf Änderungen in der Einkommensstruktur zurückzuführen. Für die Interpretation der Daten werden diese Unsicherheiten berücksichtigt. Trotz dieser Schwächen sind die Daten des SHP wohl besonders geeignet, um die Situation der verfügbaren Einkommen in der Schweiz ab 2000 abzubilden.

5 Entwicklung der Einkommen und der Ungleichheit

5.1 Einkommensentwicklung

Das Markteinkommen setzt sich 2009 hauptsächlich aus dem Arbeits- (93% Schweiz, 89% Deutschland) und Kapitaleinnahmen (4% bzw. 5%) zusammen, während imputed rent (2% bzw. 5%) und private Transfers (beide 1%) nur einen kleinen Teil ausmachen. Der Anteil der Kapitaleinkommen hat seit 2000 bis zur Wirtschaftskrise stetig zugenommen.

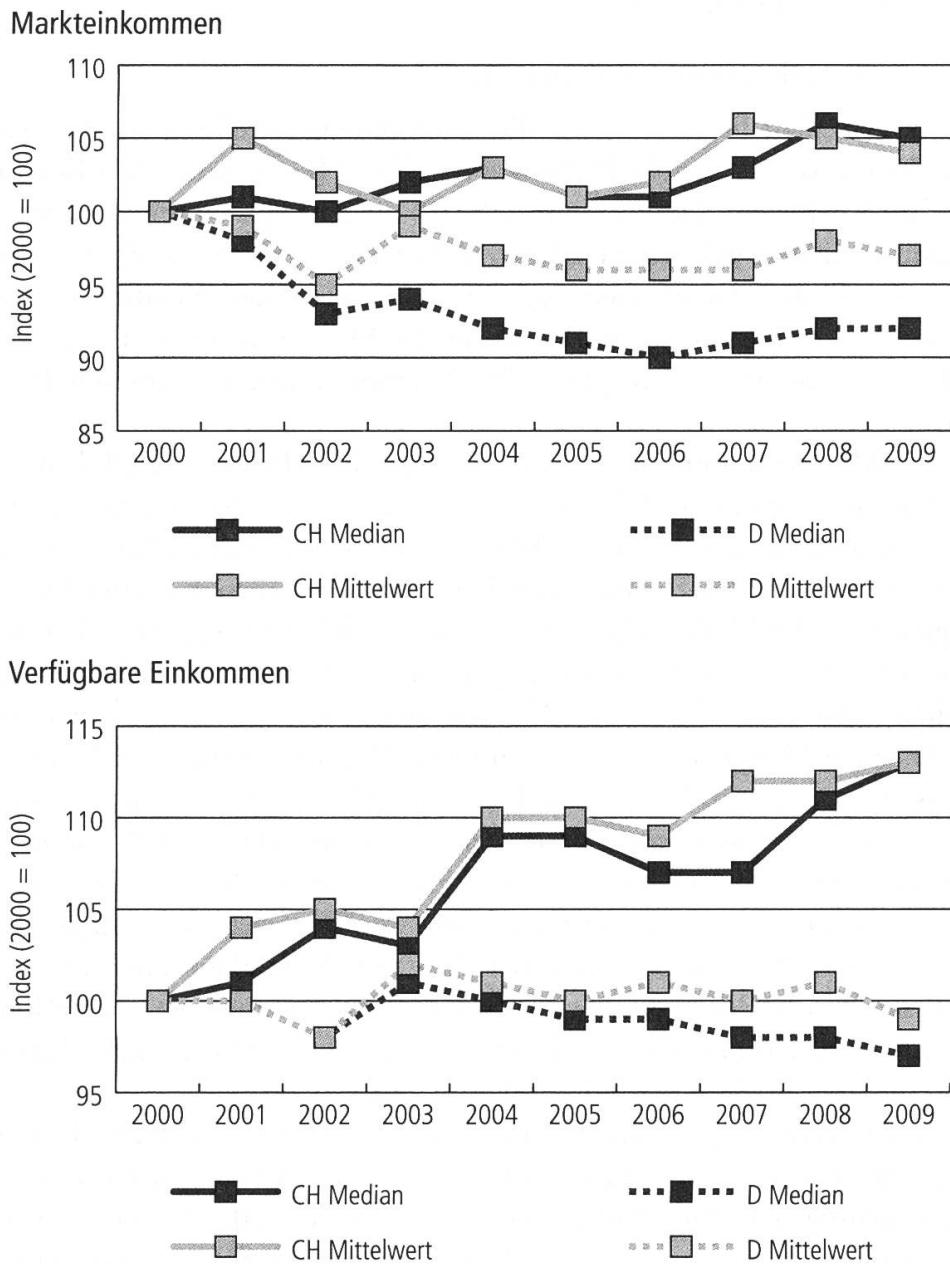
In der Schweiz ist das reale durchschnittliche Markteinkommen von 2000 bis 2009 leicht angestiegen (4% für den Median) (Abbildung 1). In Deutschland nahmen diese hingegen um mehr als 8% ab. Der Rückgang der Markteinkommen in Deutschland konzentriert sich vor allem auf den Zeitraum 2000 bis 2002, seither stagnieren diese weitgehend. Die unterschiedliche Entwicklung in den beiden Ländern ist insofern erstaunlich, da das BIP pro Kopf in beiden Ländern im Beobachtungszeitraum um mehr als 5% zugenommen hat. Der Rückgang der Markteinkommen in Deutschland beruht unter anderem auf einer Verschiebung des Volkseinkommens von den Arbeitnehmerentgelten hin zu Einkommen aus Vermögen und Unternehmertätigkeit.

Für das äquivalenzgewichtete verfügbare Haushaltseinkommen lassen sich ebenso unterschiedliche Entwicklungen in den beiden Ländern beobachten. In der Schweiz ist dieses seit 2000 um rund 13% für den Median gewachsen (Abbildung 1). Die Erklärung für den stärkeren Anstieg als bei den Markteinkommen liegt hauptsächlich bei den Renten. Erstens beziehen durch die Alterung der Gesellschaft mehr Personen Rentenleistungen. Zweitens beziehen unter den Rentnern immer mehr Personen Einkommen aus der beruflichen Vorsorge (2. Säule),⁸ die seit 1985

beziehen sich die Einkommensdaten auf das Vorjahr (z. B. Einkommen in 2008 für die Daten von 2009), im SHP auf die Situation zum Befragungszeitpunkt (z. B. September 2009 bis Februar 2010 für die Daten von 2009). Dadurch ist es möglich, bereits hier die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Einkommen in der Schweiz zu beschreiben.

⁸ Im SHP ist der Anteil der Pensionskassenbezüger in der Gesamtbevölkerung von 9.5% in 2002 auf

Abbildung 1 Reale Markt- und verfügbare Haushaltseinkommen in Deutschland und der Schweiz, 2000–2009 (in Preisen von 2005)



Quelle: SHP und SOEP v26.

für die meisten Arbeitnehmer obligatorisch ist. In Deutschland ist hingegen wie beim Markteinkommen auch beim verfügbaren Haushaltseinkommen für den Median

11.8% in 2009 gestiegen und bei Personen ab 65 Jahren von 43.6 % auf 48.4%. Da es möglich ist, sich das gesparte Kapital bei der Erreichung des Rentenalters auszahlen zu lassen, wird die Bedeutung der Pensionskasse dabei vermutlich leicht unterschätzt.

mit knapp –3% ein leichter Rückgang feststellbar.⁹ Auch für Deutschland wirken sich Sozialversicherungsrenten dämpfend aus, so dass der Rückgang gegenüber den Markteinkommen geringer ausfällt.

5.2 Entwicklung der Einkommensungleichheit

Als nächsten Schritt betrachten wir die Einkommensverteilung anhand gängiger Ungleichheitsmaße (Entropie Maße wie der MLD [$\varepsilon=0$] und Theil Koeffizient [$\varepsilon=1$], Gini-Koeffizient, Dezilverhältnis 90:10) für die Haushaltseinkommen. Diese Maße unterscheiden sich hauptsächlich durch ihre Sensitivität für verschiedene Bereiche der Einkommensverteilung. Der Gini und Theil Koeffizient reagieren vor allem auf Veränderungen in der Mitte der Einkommensverteilung, während der MLD-Koeffizient sensiv gegenüber Veränderungen am unteren Rand der Verteilung ist.¹⁰

Beim Markteinkommen zeigt sich in Deutschland eine generell deutlich grössere Ungleichheit als in der Schweiz (vgl. Tabelle 1). Insbesondere der am unteren Rand der Verteilung sensitive MLD-Koeffizient fällt nahezu dreimal stärker aus als in der Schweiz. Seit 2000 hat sich diese Diskrepanz vergrössert, da in Deutschland die Ungleichheit der Markteinkommen bis zum Jahre 2006 kontinuierlich zunahm, während in der Schweiz die Ungleichheit nur mäßig anstieg. Seit 2006 ist für Deutschland das erste Mal seit der Wiedervereinigung ein leichter Rückgang der Ungleichheit der Markteinkommen festzustellen. Dies ist vorrangig auf die verbesserte Arbeitsmarktsituation in Deutschland zurückzuführen, da seit diesem Zeitpunkt u. a. die Arbeitslosenquote von rund 12% auf 7,6% bis kurz vor 2009 – dem Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise – zurückging.¹¹ Für die Schweiz kann auf Basis der 2009er Daten bereits ein relevanter Effekt der Wirtschaftskrise aufgezeigt werden, da hier die Ungleichheit gegenüber dem Vorjahr markant abnimmt. Dies ist vermutlich auf Veränderungen der Einkommen von Personen am oberen Rand der Verteilung zurückzuführen, da bei diesen Kapitaleinkommen als auch Einkommen aus Unternehmertätigkeit besonders relevant sind.

Für das verfügbare Haushaltseinkommen sind die Unterschiede zwischen Deutschland und der Schweiz nicht nur größer, sondern die Entwicklung verlief sogar gegenläufig. Im Jahr 2000 war die Ungleichheit in der Schweiz gemäss den hier verwendeten Indikatoren grösser als in Deutschland. Seither kann aber für die Schweiz insgesamt eine abnehmende Konzentration der Einkommen konstatiert werden. In Deutschland ist dagegen ein signifikanter Zuwachs der Einkommensungleichheit eingetreten. Verwendet man den Gini-Koeffizienten, so zeigt sich, dass bereits im Jahre 2003 in Deutschland ein höheres Ungleichheitsniveau vorlag als

⁹ Das Einkommensniveau ist in Ostdeutschland generell deutlich geringer als in Westdeutschland, der Einkommensrückgang betrifft aber beide Landesteile.

¹⁰ Das 90:10 Dezilsverhältnis gibt das Verhältnis der Einkommen der reichsten Person des 1. Dezils gegenüber der ärmsten Person des obersten Dezils an.

¹¹ Vgl. Fussnote 8.

Tabelle 1 Ungleichheit der Markt- und verfügbaren Haushaltseinkommen in Deutschland und der Schweiz, 2000–2009

	Markteinkommen					
	MLD-Koeffizient		Theil-Koeffizient		Gini-Koeffizient	
	DE	CH	D	CH	D	CH
2000	0,744	0,260	0,353	0,201	0,446	0,390
2001	0,790	0,296	0,371	0,245	0,453	0,410
2002	0,807	0,266	0,380	0,209	0,460	0,390
2003	0,862	0,281	0,410	0,205	0,476	0,391
2004	0,863	0,314	0,438	0,226	0,481	0,414
2005	0,890	0,292	0,437	0,222	0,482	0,404
2006	0,960	0,326	0,465	0,264	0,493	0,419
2007	0,957	0,307	0,441	0,263	0,490	0,413
2008	0,939	0,328	0,443	0,261	0,488	0,413
2009	0,909	0,296	0,441	0,227	0,483	0,406
d00/09 in %	22,1	13,9	25,1	12,8	8,4	4,1

	Verfügbare Einkommen							
	MLD-Koeffizient		Theil-Koeffizient		Gini-Koeffizient		d90/10-Verhältnis	
	DE	CH	DE	CH	DE	CH	DE	CH
2000	0,108	0,145	0,112	0,139	0,253	0,288	3,01	3,44
2001	0,117	0,168	0,121	0,176	0,260	0,302	3,12	3,43
2002	0,122	0,134	0,131	0,132	0,266	0,273	3,20	3,10
2003	0,131	0,128	0,144	0,123	0,277	0,267	3,35	3,16
2004	0,137	0,137	0,166	0,134	0,279	0,273	3,28	3,27
2005	0,138	0,124	0,169	0,124	0,282	0,263	3,43	3,16
2006	0,151	0,138	0,188	0,149	0,295	0,277	3,57	3,21
2007	0,142	0,133	0,16	0,172	0,288	0,273	3,51	2,99
2008	0,148	0,133	0,172	0,146	0,293	0,272	3,54	3,15
2009	0,147	0,121	0,169	0,126	0,292	0,262	3,44	3,07
d00/09 in %	36,0	-16,8	50,3	-9,1	15,2	-8,9	14,6	-10,8

Quelle: SHP und SOEP v26.

in der Schweiz.¹² Seit 2006 stabilisiert sich die gemessene Ungleicheit in Deutschland, womit die Entwicklung weitgehend parallel zu den Markteinkommen verlief.

12 Beim SHP ist zu berücksichtigen, dass zwischen 2001 und 2002 der Fragebogen dahingehend verändert wurde, dass Einkommenskomponenten detaillierter erfragt wurden (vgl. Kuhn 2008) und somit der Rückgang der Ungleicheit für diese beiden Jahre vermutlich überschätzt wird. Dies ändert aber nichts am Befund, dass in der Schweiz die Ungleicheit der verfügbaren Einkommen sich in der Tendenz leicht verringert hat.

Im weiteren internationalen Vergleich bilden damit die beiden hier untersuchten Länder Kontrapunkte, da Deutschlands Ungleichheit sich in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich schnell vergrößert hat, während die Schweiz eines der wenigen Länder neben Griechenland, Spanien und Irland ist, in denen Ungleichheit tendenziell sogar abgenommen hat (OECD 2011b).

5.3 Entwicklung der Einkommensschichtung und -mobilität

5.3.1 Einkommensschichtung

Die steigende Ungleichheit in Deutschland und die tendenziell sinkende Ungleichheit in der Schweiz werden nun genauer anhand der Schichtung der Einkommen betrachtet, um ein besseres Verständnis darüber zu entwickeln, ob bestimmte Einkommensschichten stärker von der beschriebenen Entwicklung betroffen waren. Dazu gruppieren wir die Haushalte nach ihrer Einkommensposition in Bezug auf den Median des verfügbaren Einkommens. Ausgewiesen werden die Bevölkerungsanteile in Einkommensschichten rund um den Median (90% bis 110% des Median), sowie in drei unter- und vier überdurchschnittlichen Einkommensschichten. Die Extrempositionen ergeben sich für Personen, die über ein Einkommen von weniger als 50% beziehungsweise mehr als 200% des Medians verfügen. Als Einkommensmittelschicht wird hier in Anlehnung an Grabka und Frick (2008) die Bevölkerungsgruppe mit einer relativen Einkommensposition von 70% bis 150% des Median bezeichnet.

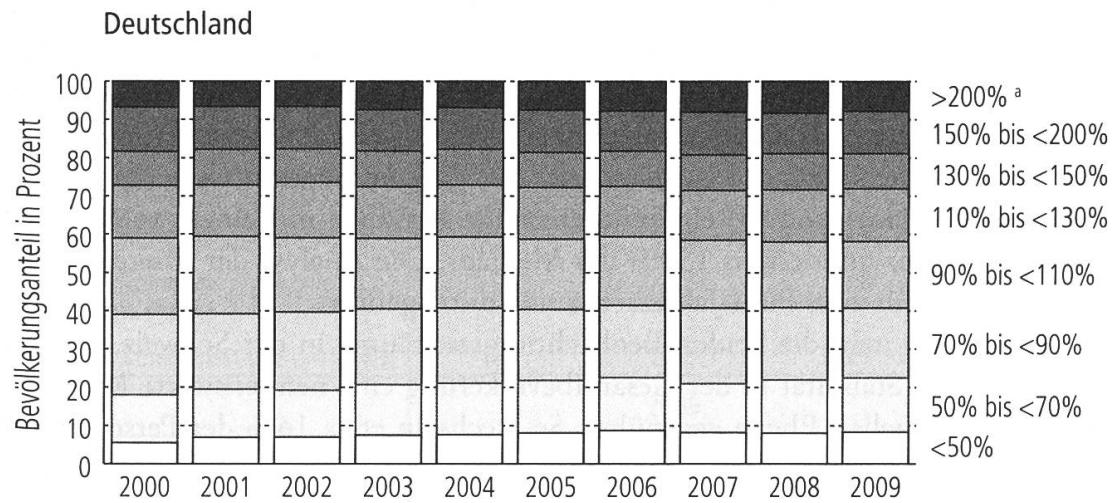
In dieser Abgrenzung umfasste die Einkommensmittelschicht in Deutschland 2000 knapp 64% der Gesamtbevölkerung – die deutliche Mehrheit der Erwachsenen und deren Kinder (Abbildung 2).¹³ Seither schrumpft die Gruppe und macht 2009 nur noch rund 59% aus – dies entspricht einem absoluten Rückgang von mehr als 4,5 Millionen Personen. Entsprechend haben die Ränder an Bedeutung gewonnen. Einen Zuwachs verzeichneten Personen mit einem Einkommen von weniger als 70% des Medians. Diese machten 2009 22% der Bevölkerung aus, ihr Anteil ist seit 2000 – vor allem im Zusammenhang mit der Zunahme der Zahl der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger – um mehr als vier Prozentpunkte gestiegen. Am oberen Rand der Einkommensschichtung beschränkt sich der Zuwachs auf die Gruppe mit den höchsten Einkommen (mehr als 200% des Median), die 2009 rund 8% der Gesamtbevölkerung ausmachten.¹⁴

In der Schweiz ist ein grundsätzlich anderes Muster beobachtbar. Die Einkommensmittelschicht (70% bis 150% des Medians) hat zwischen 2000 und 2007 um 4,3 Prozentpunkte auf 63% an Bedeutung gewonnen. Im Rahmen der aktuellen

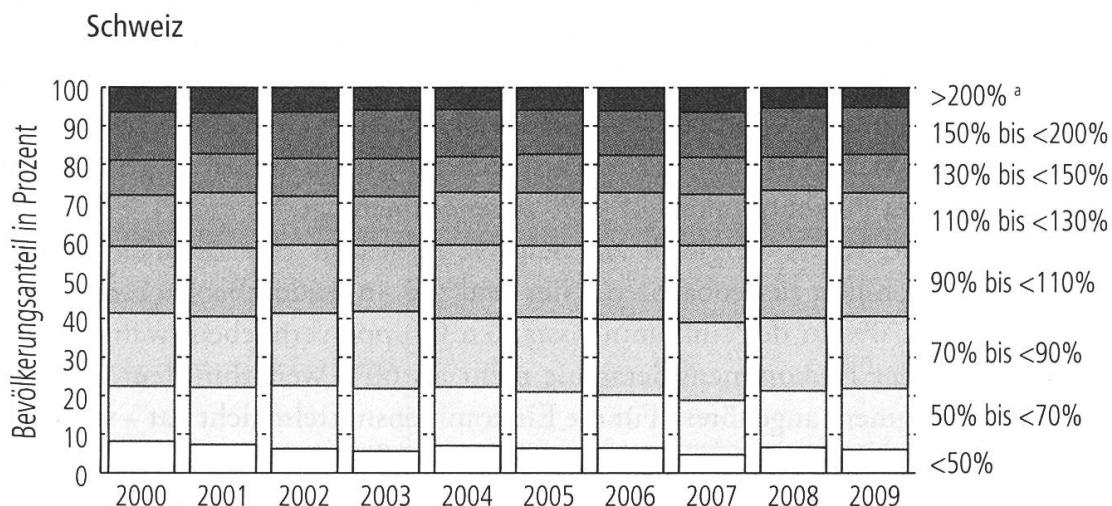
13 Die Einkommensmittelschicht war in Deutschland seit 1984 weitgehend stabil gewesen, nur die Wiedervereinigung führte zu einem kurzfristigen Rückgang dieser Gruppe von 65% auf 62%.

14 Diese Dynamik ist auch anhand von Einkommensdezilen ersichtlich. Das verfügbare Einkommen ist seit 2000 fast ausschließlich bei den obersten 5% gestiegen, während es bei den übrigen Einkommensklassen stagnierte oder sogar sank.

Abbildung 2 Einkommensschichtung der Bevölkerung in Deutschland und der Schweiz, basierend auf dem Median der verfügbaren Haushaltseinkommen, 2000–2009



^a Haushaltseinkommen in % des Medians aller Haushaltseinkommen.



^a Haushaltseinkommen in % des Medians aller Haushaltseinkommen.

Quelle: SHP und SOEP v26.

Wirtschaftskrise ist deren Anteil wieder leicht rückläufig, wovon vorrangig das untere Ende der Verteilung (< 70% des Medians) betroffen war. Eine gegensätzliche Entwicklung für beide Länder zeigt sich auch am obersten Rand der Einkommenshierarchie (> 200 % des Median). Während in Deutschland diese Gruppe an Bedeutung gewinnt, zeigt sich in der Schweiz über den gesamten Beobachtungszeitraum eine leicht abnehmende Bedeutung.¹⁵

15 Dies steht jedoch nicht im Widerspruch dazu, dass diese Gruppe einen tendenziell steigenden

5.3.2 Einkommensmobilität

Neben dieser rein beschreibenden Analyse der Veränderung der Einkommensschichtung ist es aus soziologischen und politischen Gründen relevant, wie sich die Aufstiegschancen und Abstiegsrisiken in der Einkommenshierarchie verändern. Dies wird hier anhand von Übergangsmatrizen untersucht, wobei die einzelnen Einkommensschichten in drei Gruppen zusammengefasst wurden, die auf den oben verwendeten relativen Positionen basieren: (1) armutsgefährdete Personen mit einem Einkommen unter 70% des Medians, (2) die Einkommensmittelschicht (70 bis 150% des Medians) und (3) einkommensstarke Personen mit einem verfügbaren Einkommen von mindestens 150% des Medians. Die Analyse der Einkommensmobilität wird für zwei Fünf-Jahreszeiträume durchgeführt.

Vergleicht man die beiden Beobachtungszeiträume in der Schweiz (Tabelle 2), so steht der Stabilität in der Gesamtbevölkerung eine nennenswerte Mobilität auf der individuellen Ebene gegenüber. So wechseln etwa 14% der Personen der mittleren Einkommensgruppen fünf Jahre später in die armutsgefährdete Schicht und 11% in die einkommensstarke Schicht. Diese Mobilität hat sich zwischen den zwei Beobachtungszeiträumen kaum verändert. Hingegen ist an den Rändern der Einkommensverteilung eine Verfestigung festzustellen. Das Risiko einer Abwärtsmobilität der einkommensstarken Gruppe ist gesunken, da im Zeitraum 2005 bis 2009 61% dieser Personen in diesem Einkommenssegment verblieben, während dies zwischen 2000 und 2004 nur 55% waren. Parallel dazu ist auch eine Verfestigung am unteren Rand zu beobachten, da der entsprechende Anteil der armutsgefährdeten Personen um vier Prozentpunkte auf 56% zugenommen hat.¹⁶

Für Deutschland ist im Vergleich zur Schweiz insgesamt eine deutlich geringe Einkommensmobilität zu beobachten. Hier sind z. B. in beiden Beobachtungszeiträumen knapp 70% in der einkommensstarken Gruppe verblieben, während am unteren Rand der Einkommenshierarchie mehr als 60% weiterhin dem gleichen Einkommenssegment angehören. Für die Einkommensmittelschicht hat – wie auch in der Schweiz – die Abwärtsmobilität eine etwas größere Bedeutung.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Einkommensmobilität in der Schweiz stärker ausgeprägt ist als in Deutschland. Eine mögliche Erklärung für diesen Befund liefern Wilkinson und Pickett (2009) die aufzeigen, dass generell Länder mit einer geringeren Einkommensungleichheit eine höhere Einkommensmobilität aufweisen. Für Deutschland liegen zudem Analysen vor, dass spezifische Personengruppen unterdurchschnittliche Chancen für Einkommensmobilität aufweisen, dies sind u. a. Migranten, Personen ohne abgeschlossene Ausbildung, Nichterwerbstätige bzw. Arbeitslose und Personen in Ostdeutschland (Schäfer und

Anteil am Gesamteinkommen erzielt.

¹⁶ Hier wird nur die jeweilige Einkommenssituation im Anfangs- und Endzeitpunkt der Fünf-Jahresperiode analysiert. Eventuelle Einkommensmobilität in den dazwischenliegenden Jahren bleibt unberücksichtigt.

Tabelle 2 Einkommensmobilität in Deutschland und der Schweiz, 2000–2004 und 2005–2009 (Einkommensposition basierend auf dem Median der verfügbaren Haushaltseinkommen)

Deutschland

		Armutgefährdete (<70%)	Einkommensmittelschicht (70–150%)	Einkommensstarke (>150%)	Insgesamt
		2004			
2000	Armutgefährdete (<70%)	60.5	37.4	2.1	100.0
	Einkommensmittelschicht (70–150%)	11.5	77.7	10.8	100.0
	Einkommensstarke (>150%)	2.4	27.3	70.3	100.0
		2009			
2005	Armutgefährdete (<70%)	61.7	36.4	1.9	100.0
	Einkommensmittelschicht (70–150%)	12.4	78.4	9.2	100.0
	Einkommensstarke (>150%)	2.6	29.6	67.8	100.0

Schweiz

		Armutgefährdete (<70%)	Einkommensmittelschicht (70–150%)	Einkommensstarke (>150%)	Insgesamt
		2004			
2000	Armutgefährdete (<70%)	51.7	43.0	5.3	100.0
	Einkommensmittelschicht (70–150%)	14.4	74.5	11.1	100.0
	Einkommensstarke (>150%)	4.5	40.5	55.0	100.0
		2009			
2005	Armutgefährdete (<70%)	56.2	40.8	3.1	100.0
	Einkommensmittelschicht (70–150%)	13.5	75.8	10.8	100.0
	Einkommensstarke (>150%)	4.4	34.4	61.1	100.0

Quelle: SHP und SOEP v26.

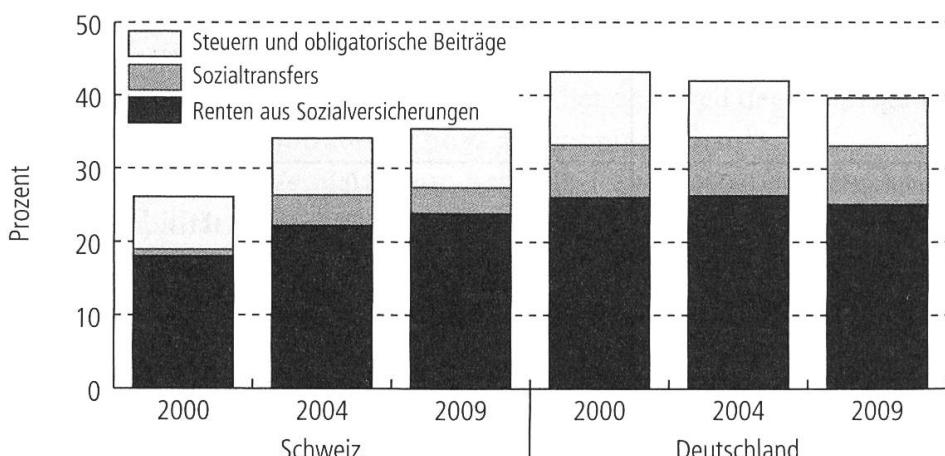
Schmidt 2009). Letztlich könnte die grössere Mobilität in der Schweiz aber auch auf grössere Messfehler zurückzuführen sein.

6 Erklärungen der Ungleichheit

6.1 Staatliche Umverteilung

Das Ausmaß staatlicher Umverteilung kann beispielsweise bestimmt werden, indem die Markteinkommen und verfügbaren Einkommen zueinander in Bezug gesetzt werden.¹⁷ Dazu berechnen wir die prozentuale Verringerung des Gini-Koeffizienten des Markteinkommens, wenn Sozialversicherungen, öffentliche Transfers, direkte Steuern und obligatorische Krankenkassenbeiträge¹⁸ addiert bzw. abgezogen werden (Abbildung 3). Während in Deutschland die staatliche Umverteilung abgenommen hat, ist sie in der Schweiz leicht angestiegen. In der Schweiz liegt dies vor allem an der verstärkten Umverteilung durch Renten und durch Änderungen im Steuersystem, ein methodisch bedingter Effekt durch Änderungen im Fragebogen des SHP kann aber auch nicht ausgeschlossen werden.¹⁹ In Deutschland hat vor allem die Umverteilungswirkung von direkten Steuern abgenommen, während sie für die Renten nur leicht zurückgegangen ist.

Abbildung 3 Staatliche Umverteilung in Deutschland und der Schweiz: Reduktion der Ungleichheit des Markteinkommens in Prozent gemessen am Gini-Koeffizienten



Quelle: SHP und SOEP v26.

17 Die Politik beeinflusst allerdings auch die Markteinkommen und deren Ungleichheit, was sich wiederum auf die Politik aus. Diese komplexen Wechselwirkungen können in diesem Beitrag nicht weiter beleuchtet werden. Vgl. dazu zum Beispiel Glaeser (2005).

18 Die obligatorischen Krankenkassenbeiträge in der Schweiz wurden simuliert, basierend auf Durchschnittswerten pro Kanton. Dabei wurden auch die einkommensabhängigen Verbilligungen einbezogen.

19 Bis 2001 wurden die Renten aus Sozialversicherungen und Pensionskassen global erfragt, während ab 2002 separate Fragen gestellt wurden. Dies könnte die Höhe der Einkommen aus Sozialversicherungen vergrößert haben. Ab 2004 wurden zudem die Kinderzulagen separat erfasst, was zum Anstieg des Effekts durch Sozialtransfers geführt hat. Die größere Umverteilung durch direkte Steuern und der Sozialversicherungen von 2004 bis 2009 sind davon allerdings nicht betroffen.

Bei den direkten Steuern und obligatorischen Beiträgen wirken sich in Deutschland vor allem die verschiedenen Steuerreformen seit 1998 aus, die insbesondere zu einer Senkung des Spaltensteuersatzes von 53% auf 42% geführt haben, wenngleich im Gegenzug die Bemessungsgrundlage verbreitert wurde. Die Bedeutung der öffentlichen Transfers hat insgesamt leicht zugenommen, was z. B. auf das höhere Kindergeld zurückgeführt werden darf. Noch immer ist aber die staatliche Umverteilung in der Schweiz im Vergleich mit anderen OECD-Staaten gering und niedriger als in Deutschland (Brandolini und Smeeding 2009; OECD 2011a), wobei aber das Niveau der Reduktion von Ungleichheit nichts über die Zielgenauigkeit dieser Massnahmen aussagt, da diese in Deutschland im internationalen Vergleich eher gering ist (OECD 2008).

6.2 Demografische Ursachen für Ungleichheit

Zur Beurteilung des Einflusses soziodemografischer Faktoren nehmen wir eine Zerlegung des MLD-Koeffizienten nach Shorrocks (1984) vor. Dabei wird das Ungleichheitsmass in die Ungleichheit innerhalb jeder Bevölkerungsgruppe und zwischen den Bevölkerungsgruppen zerlegt. Die Ungleichheit innerhalb der Gruppen ist die gewichtete Summe der Ungleichheit jeder Gruppe, wobei die Gewichte dem Bevölkerungsanteil der Gruppe entsprechen. Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur wirken sich hauptsächlich auf die Ungleichheit innerhalb der Gruppen aus, da diese den grössten Teil der Ungleichheit ausmacht.

6.2.1 Ungleichheit nach Altersgruppen

Sowohl die Schweiz als auch Deutschland sind durch eine zunehmende Alterung der Gesellschaft gezeichnet. So ist der Anteil der unter 40-Jährigen in beiden Ländern deutlich gesunken, während dieser bei Personen über 65 Jahre an Bedeutung gewonnen hat. Im Vergleich der beiden Länder weist Deutschland mit über 21% einen knapp vier Prozentpunkte höheren Anteil für die älteste Bevölkerungsgruppe auf.

Betrachten wir die Einkommensungleichheit der verschiedenen Altersgruppen (Tabelle 3), so ist die Ungleichheit in Deutschland bei den 50–64 Jährigen am höchsten und bei den 25–39 Jährigen am geringsten. Die hohe Ungleichheit innerhalb der Gruppe der 50–64-Jährigen in Deutschland erklärt sich daraus, dass bei diesen einerseits Arbeitslosigkeit und vorzeitiger Ruhestand relativ häufig sind, aber andererseits in dieser Kohorte die höchsten Erwerbseinkommen im Lebenslauf erzielt werden. In der Schweiz steigt dagegen die Ungleichheit mit dem Alter und nimmt den höchsten Wert für über 65-Jährige an.²⁰ Für diese wirkt sich primär das Äquivalenzprinzip in der Alterssicherung auf das hohe Niveau an Ungleichheit aus. Über die Zeit – in der Tabelle 3 nicht separat ausgewiesen – ist über alle Altersgruppen hinweg eine leichte Abnahme der Einkommensungleichheit in der

²⁰ Dass die über 65-Jährigen in der Schweiz die höchste Ungleichheit aufweisen, ist im internationalen Vergleich eher ungewöhnlich (OECD 2008).

Tabelle 3

Ungleichheitszerlegung basierend auf dem MLD-Koeffizienten für Altersgruppen, Haushaltstypen und das Bildungsniveau in Deutschland und der Schweiz, 2009

Altersgruppen							
	unter 25 Jahre	25–39 Jahre	40–49 Jahre	50–64 Jahre	65 Jahre und mehr	Innerhalb der Gruppen	Zwischen den Gruppen
Deutschland	0,130	0,120	0,142	0,184	0,131	0,141	0,006
Schweiz	0,101	0,095	0,105	0,134	0,155	0,116	0,005

Haushaltstyp								
	1 Person	Paar	Alleinerziehend	Paar, 1 Kind	Paar, 2 Kinder	Paar, 3+ Kinder	Sonstige HH	Innerhalb der Gruppen
Deutschland	0,174	0,161	0,124	0,111	0,102	0,104	0,137	0,137
Schweiz	0,138	0,110	0,126	0,136	0,077	0,077	0,125	0,107

Bildungsniveau					
	gering	mittel	hoch	Innerhalb der Gruppen	Zwischen den Gruppen
Deutschland	0,110	0,104	0,159	0,121	0,026
Schweiz	0,165	0,106	0,128	0,118	0,015

Quelle: SHP und SOEP v26.

Schweiz aber eine zunehmende Ungleichheit in Deutschland zu beobachten. Die Ungleichheit zwischen den Altersgruppen hat hingegen in beiden Ländern nur leicht zugenommen.

Eine weitere Alterung der Gesellschaft dürfte *ceteribus paribus* zu einem Anstieg der Einkommensungleichheit in der Schweiz führen, da zumindest derzeit die Ungleichheit der über 65-Jährigen deutlich über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung liegt. In Deutschland dagegen weist die älteste Bevölkerungsgruppe eine leicht unterdurchschnittliche Ungleichheit auf, was sich bei einer weiteren Alterung der Gesellschaft dämpfend auswirken könnte.

6.2.2 Ungleichheit nach Haushaltsstruktur

Die Ungleichheit ist sowohl in der Schweiz als auch in Deutschland bei Einpersonenhaushalten am höchsten (Tabelle 3). Deren Bevölkerungsanteil ist aber in Deutschland mit rund einem Fünftel deutlich höher als in der Schweiz mit 12%. Paarhaushalte mit zwei oder mehr Kindern weisen die geringste Ungleichheit aus.²¹

21 Bei Paarhaushalten mit drei und mehr Kindern zeigen sich nennenswerte Unterschiede zwischen den beiden Ländern. In Deutschland beträgt der Bevölkerungsanteil gerade einmal 5%, während dieser in der Schweiz mit 14% fast dreimal so hoch ist.

Deren Bevölkerungsanteil fällt in der Schweiz mit knapp 39% um zehn Prozentpunkte höher aus als in Deutschland. Beide Ergebnisse leisten damit einen Beitrag für eine insgesamt höhere Ungleichheit in Deutschland.

Die demografischen Veränderungen der letzten 10 Jahre haben zudem zu kleineren Haushalten und somit zu einer Zunahme von Einpersonenhaushalten, Paaren ohne Kindern und Alleinerziehenden geführt. Da dies eher die Gruppen mit einer relativ hohen Ungleichheit sind, während die Haushalte mit einer homogeneren Einkommensstruktur (Paare mit zwei oder mehr Kindern) seltener werden, führt auch diese demografische Entwicklung zu einem Anstieg der Ungleichheit (vgl. auch für Deutschland Peichl et al. 2011).

6.2.3 Ungleichheit nach Bildungsniveau

Zuletzt betrachten wir die Einkommensungleichheit verschiedener Bildungsgruppen (Tabelle 3). Sowohl in der Schweiz als auch in Deutschland hat der Anteil der Bevölkerung mit geringem Bildungsniveau abgenommen und der Anteil der Personen mit hoher Bildung zugenommen. In Bezug auf das Bildungsniveau ist der Anteil der Einwohner mit tertiärer Bildung in der Schweiz mit 34% im Vergleich zu 29% in Deutschland grösser, was auf eine bedeutende Expansion der tertiären Bildung sowie einer verstärkten Immigration von hochqualifizierten Arbeitskräften zurückzuführen ist. Der Anteil von Personen mit geringem Bildungsniveau ist ähnlich zwischen den beiden Ländern. Eine wichtige Gemeinsamkeit ist zudem das duale Bildungssystem, in dem die praktische Ausbildung in Betrieben (Berufslehren) eine wichtige Rolle einnimmt.

In der Schweiz weisen Personen mit geringer Bildung die grösste Ungleichheit auf, zudem hat sich entgegen dem allgemeinen Trend deren Ungleichheit seit 2000 vergrössert. Personen mittlerer Bildung weisen dagegen in beiden Ländern die geringste Ungleichheit auf. Deren Bevölkerungsanteil beläuft sich in beiden Ländern auf gut 60%. In Deutschland ist die Ungleichheit unter Personen mit hohem Bildungsniveau am stärksten und hat zudem bei diesen seit 2000 besonders stark zugenommen. Eine Ursache für diesen Befund sind deutlich steigende Bildungsrenditen für tertiäre Bildung in Deutschland, während die Renditen für vergleichbare Personen in der Schweiz nahezu stabil geblieben sind (OECD 2009). Eine weitere Erklärung für die eher durchschnittliche Ungleichheit von Personen mit tertiärer Bildung in der Schweiz kann in der starken Immigration von hochqualifizierten Arbeitskräften gesehen werden, die zu einem Lohndruck innerhalb dieser Bevölkerungsgruppe geführt hat.²² Die Bildungsexpansion trägt damit in beiden Ländern in unterschiedlicher Weise zur Veränderung der Einkommensungleichheit bei.

22 In Deutschland weisen Migranten dagegen eher ein niedriges bis mittleres Bildungsniveau auf.

7 Schlussbemerkungen

In diesem Beitrag haben wir die Einkommensverteilung in Deutschland und der Schweiz von 2000 bis 2009 untersucht und dabei grosse Unterschiede zwischen diesen zwei Ländern festgestellt. Während die Ungleichheit des Markteinkommens in Deutschland stark angestiegen ist, hat diese sich in der Schweiz nur leicht erhöht. Noch stärker sind die Unterschiede beim verfügbaren Haushaltseinkommen. Während die Einkommensverteilung in Deutschland signifikant ungleicher geworden ist, ist diese in der Schweiz sogar leicht rückläufig. In beiden Ländern ist die Ungleichheit bis zur Wirtschaftskrise 2008 angestiegen und seither wieder leicht gesunken bzw. im Falle Deutschlands auf hohem Niveau verblieben. Nach den aktuellsten Zahlen des Jahres 2009 ist damit die Einkommensungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen in der Schweiz geringer als in Deutschland.

Verschiedene Faktoren sind für diese Unterschiede verantwortlich. Erstens und hauptsächlich sind die Markteinkommen Deutschland viel ungleicher verteilt als in der Schweiz, was u. a. auf eine weiterhin höhere Arbeitslosigkeit in Deutschland zurückzuführen ist. Zweitens ist zwar die staatliche Umverteilung in Deutschland stärker als in der Schweiz, aber seit 2000 hat diese an Bedeutung eingebüßt, da vor allem durch verschiedene Steuerreformen die direkten Steuern die hohe Ungleichheit der Markteinkommen weniger dämpfen. In der Schweiz hat hingegen die staatliche Umverteilung insgesamt leicht zugenommen, bedingt vor allem durch die wachsende Bedeutung der Pensionskassen.²³ Drittens führen auch demografische Faktoren zu einer stärkeren Ungleichheit in Deutschland. Der grössere Anteil an älteren Einwohnern, Einpersonenhaushalten, und Paaren ohne Kinder²⁴ führt zu einer grösseren Ungleichheit, da diese Bevölkerungsgruppen relativ ungleicher sind.²⁵ Die Tendenz zu einer älteren Bevölkerung hat in Deutschland die Ungleichheit weiter erhöht. Der sinkende Anteil von Personen mit geringer Bildung hat in der Schweiz eine egalisierende Wirkung, während die Bildungsexpansion und die steigenden Bildungsrenditen zumindest in Deutschland zu einer stärkeren Ungleichheit führen. Die geringe Ungleichheit bei Personen mit tertiärer Bildung in der Schweiz dürfte vor allem mit der aktuell starken Immigration gut qualifizierter Arbeitskräfte in der Schweiz zusammenhängen, wobei hier aber weitere Auswertungen mit anderen Datenquellen zur Überprüfung dieser Vermutung nötig wären. Eine weitere mögliche Erklärung für die Unterschiede zwischen Deutschland und der Schweiz könnte die unterschiedliche Klassenstruktur darstellen, die aber ebenfalls weiterführende

23 Hierbei ist zu beachten, dass die betriebliche Altersversorgung im eigentlichen Sinne nicht zu den staatlichen Umverteilungsaktivitäten gezählt werden kann, da diese als aufgeschobenen Gehaltsbestandteil interpretiert werden können.

24 In diesem Zusammenhang ist nochmals auf zunehmende Homogamie hinzuweisen, die einen eigenständigen Beitrag zur Zunahme der Einkommensungleichheit leistet.

25 Insbesondere bei Einpersonenhaushalten, aber auch bei Alleinerziehenden, fehlt der haushaltsinterne Umverteilungsprozess, um Größenvorteile durch gemeinsames Wirtschaften wie bei klassischen Familienhaushalten zu erzielen.

Untersuchungen benötigen würde. Die empirischen Auswertungen in der Schweiz widersprechen dem oft in der öffentlichen Meinung vertretenen Eindruck, dass die Schere zwischen Arm und Reich in der Schweiz weiter auseinandergeht und besonders die Mittelklasse darunter leiden muss. Im Gegensatz zu Deutschland hat sich die Grösse der Einkommensmittelschicht kaum verändert. Diese Befunde widersprechen allerdings nicht den Beobachtungen, dass die Arbeits- und Markteinkommen vor allem bei den höchsten Einkommen gestiegen sind, während die anderen Einkommensklassen kaum vom Wirtschaftswachstum profitieren konnten. Zudem dürfte der Einkommensanstieg vieler Haushalte, die steigenden Mieten, Gebühren und indirekten Steuern nicht kompensieren. Schliesslich gehört die Schweiz bei der Verteilung von Vermögen zu den Staaten mit der grössten Ungleichheit. Am Ergebnis, dass die Einkommensverteilung und die Situation der Einkommensmittelschicht in der Schweiz seit 2000 weitgehend stabil geblieben ist, vor allem im Vergleich zu Deutschland, ändern diese Einschränkungen allerdings nichts.

8 Literaturverzeichnis

- Albrecht Don E. und Carol M. Albrecht. 2007. Income inequality: The implications of economic structure and social conditions. *Sociological Spectrum* 27(2): 165–181.
- Antonczyk, Dirk, Thomas DeLeire und Bernd Fitzenberger. 2010. Polarization and rising wage inequality: Comparing the U.S. and Germany. *IZA Discussion paper* 4842. Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit, Bonn.
- Atkinson Anthony B. und Andrea Brandolini. 2006. The panel-of-countries approach to explaining income inequality: An interdisciplinary research agenda. S. 400–448 in *Mobility and inequality*, hrsg. von Stephen L. Morgan, David B. Grusky und Gary S. Fields. Stanford, CA: Stanford University Press.
- Bach, Stefan, Giacomo Corneo und Viktor Steiner. 2009. From bottom to top: The entire income distribution in Germany, 1992–2003. *Review of Income and Wealth*, 2: 303–330.
- Balzani, Enrico und Ramses H. Abul Naga. 2002. La distribution des salaires en Suisse: Quelques observations sur la récession des années 90. *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, 138: 115–136.
- Biewen, Martin und Andos Juhasz. 2010. Understanding rising income inequality in Germany. *IZA Discussion paper* 5062. Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit, Bonn.
- Bradley, David, Evelyne Huber, Stephanie Moller, François Nielsen und John D. Stephens. 2003. Distribution and redistribution in postindustrial democracies. *World Politics* 55(2): 193–228.
- Brandolini Andrea und Timothy M. Smeeding. 2009. Income inequality in richer and OECD countries. S. 71–100 in *The Oxford Handbook of Economic Inequality*, hrsg. von Salverda Wiemer, Brian Nolan und Timothy M. Smeeding. Oxford: Oxford University Press.
- Buchmann, Marlis und Stefan Sacchi. 1995. Zur Entwicklung der Einkommensungleichheit in der Schweiz seit den siebziger Jahren – Eine Forschungsnotiz. *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie* 21(1): 177–185.
- BFS (Bundesamt für Statistik). 2011. *Statistischer Sozialbericht*. Neuenburg: Bundesamt für Statistik.
- Burgess, Ernest W. und Paul Wallin. 1943. Homogamy in social characteristics. *American Journal of Sociology* 49: 109–124.

- Cornia, Giovanni A. und Sampsa Kiiski. 2001. Trends in income distribution in the post World War II period: Evidence and interpretation. *UNU/WIDER Discussion Papers* 2001/89. UNU/WIDER, Helsinki.
- Daly, Mary und Robert Valletta. 2006. Inequality and poverty in the United States: The effects of rising dispersion of men's earnings and changing family behavior. *Economica*, 73: 75–98.
- Dell, Fabien, Thomas Piketty und Emmanuel Saez. 2007. Income and wealth concentration in Switzerland over the 20th century. S. 472–500 in *Top incomes over the twentieth century*, hrsg. von Anthony B. Atkinson und Thomas Piketty. Oxford: Oxford University Press.
- Der Spiegel. 2010. Ökonomen warnen vor Absturz der Mittelschicht. *Der Spiegel Online*, 15.06.2010, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,700687,00.html> (04.11.2011yyyy).
- Ernst, Urs. 1983. *Die Wohlstandsverteilung in der Schweiz. Stand und Entwicklung der personellen Einkommensverteilung*. Diessenhofen: Rüegger.
- Esping-Andersen, Gøsta. 2007. Sociological explanations of changing income distributions. *American Behavioral Science* 50: 639–658.
- Expert Group on Household income Statistics (Canberra Group). 2001. *Final report and recommendations*. Ottawa.
- Franz, Wolfgang und Viktor Steiner. 2000. Wages in the East German transition process: Facts and explanations. *German Economic Review* 1(3): 241–269.
- Fräßdorf, Anna, Markus M. Grabka und Johannes Schwarze. 2011. The impact of household capital income on income inequality: A factor decomposition analysis for Great Britain, Germany and the USA. *Journal of Economic Inequality* 9: 35–56.
- Frick, Joachim R. und Markus M. Grabka. 2003. Imputed rent and income inequality: A decomposition analysis for the UK, West Germany and the USA. *Review of Income and Wealth* 49(4): 513–537.
- Frick, Joachim R. und Markus M. Grabka. 2010a. Old-age pension entitlements mitigate inequality – but concentration of wealth remains high. *DIW Berlin Weekly Report* 8/2010: 55–64.
- Frick, Joachim R. und Markus M. Grabka. 2010b. Item non-response and imputation of annual labor income in panel surveys from a cross-national perspective. S. 355–374 in *Survey methods in multicultural, multinational, and multiregional contexts*, hrsg. von Janet A. Harkness, Brad Edwards, Michael Braun, Timothy P. Johnson, Lars E. Lyberg, Peter Ph. Mohler, Beth-Ellen Pennell und Tom Smith. Hoboken: Wiley & Sons.
- Frick, Joachim R., Stephen P. Jenkins, Dean R. Lillard, Oliver Lipps und Mark Wooden. 2007. The Cross-National Equivalent File (CNEF) and its member country household panel studies. *Schmollers Jahrbuch – Journal of applied social science studies* 127(4): 627–654.
- Gernandt, Johannes und Friedhelm Pfeiffer. 2007. Rising wage inequality in Germany. *Journal of Economics and Statistics* 227(4): 358–380.
- Glaeser, Edward L. 2005. Inequality. *HIER Discussion Paper* 2078. Harvard Institute of Economic Research, Cambridge, MA, www.economics.harvard.edu/pub/hier/2005/HIER2078.pdf (04.07.2011).
- Grabka, Markus M. und Joachim R. Frick. 2008. Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? *Wochenbericht des DIW Berlin* 10/2008: 101–108.
- Hauser, Richard und Irene Becker. 2001. *Forschungsprojekt Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973–1998*. Bonn: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.
- Kalmijn, Matthijs. 1991. Status homogamy in the United States. *American Journal of Sociology* 97: 496–523.
- Katz Lawrence F. und Kevin M. Murphy. 1992. Changes in relative wages, 1963–1987: Supply and demand factors. *The Quarterly Journal of Economics*, 107: 35–78.
- Kenworthy, Lane. 2007. Inequality and sociology. *American Behavioral Scientist* 50: 584–602.

- Koeniger, Winfried, Marco Leonardi und Luca Nunziata. 2007. Labour market institutions and wage inequality. *Industrial and Labour Relations Review* 60(3): 340–356.
- Kroh, Martin. 2010. Documentation of sample sizes and panel attrition in the German Socio Economic Panel (SOEP) (1984 until 2009). *DIW Data Documentation* 50, http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.359697.de/diw_datadoc_2010-050.pdf (04.07.2011).
- Kuhn, Ursina. 2008. Collection, construction and plausibility checks of income data in the Swiss Household Panel. *SHP Working Paper 1_08*. Swiss Household Panel, FORS, Lausanne, http://aresoas.unil.ch/workingpapers/WP1_08.pdf (04.07.2011).
- Kuhn, Ursina. 2010. Imputed rent in the Swiss Household Panel for the Cross National Equivalent File. *SHP Working Paper 4_10*. Swiss Household Panel, FORS, Lausanne, http://aresoas.unil.ch/workingpapers/WP4_10.pdf (04.07.2011).
- Kuhn, Ursina und Flurina Schmid. 2009. Tax simulation in the SHP. *SHP Working Paper 4_09*. Swiss Household Panel, FORS, Lausanne, www.swisspanel.ch/IMG/pdf/SHP_Working_Paper_4_09.pdf (04.07.2011).
- Küng Gugler, Anne und Susanne Blank. 2000. Inégalité des salaires en Suisse: Pas d'augmentation sensible durant les années 90. *Revue Suisse d'Economie et de Statistique*, 136: 307–317.
- Leu, Robert E., Stefan Burri und Tom Priester. 1997. *Lebensqualität und Armut in der Schweiz*. Bern: Haupt Verlag.
- Müller, André, Michael Marti, Robert Oleschak und Stephan Osterwald. 2004. *Verteilung des Wohlstands in der Schweiz*. Studie im Auftrag der Eidgenössischen Steuerverwaltung. Bern: Ecoplan.
- Myles, John 2003. Where have all the sociologists gone? Explaining income inequality. *Canadian Journal of Sociology* 28: 553–560.
- Nollmann, Gerd. 2006. Erhöht Globalisierung die Ungleichheit der Einkommen? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 58(4): 638–659.
- OECD. 2008. *Growing unequal. Income distribution and poverty in OECD countries*. Paris: OECD.
- OECD. 2009. *Education at a glance. OECD indicators*. Paris: OECD.
- OECD. 2011a. *Growing income inequality in OECD countries: What drives it and how can policy tackle it?* Paris: OECD.
- OECD. 2011b. *Society at a glance. OECD social indicators*. Paris: OECD.
- Peichl, Andreas, Nico Pestel und Hilmar Schneider. 2011. Does size matter? The impact of changes in household structure on income distribution in Germany. *Review of Income and Wealth* (online first).
- Peters, Rudi. 2010. *Répartition des revenus en Suisse: Faits et tendances*. Bern: Eidgenössische Steuerverwaltung.
- Piketty, Thomas und Emmanuel Saez. 2006. The evolution of top incomes: A historical and international perspective. *American Economic Review* (Papers and Proceedings) 96(2): 200–205.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR Wirtschaft). 2006. *Jahresgutachten 2006/07. Wiederstreitende Interessen – ungenutzte Chancen*. Wiesbaden: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.
- Schäfer, Holger und Jörg Schmidt. 2009. Einkommensmobilität in Deutschland – Entwicklung, Strukturen und Determinanten. *IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung*, Institut der deutschen Wirtschaft Köln 36(2).
- Schwarze, Johannes. 1995. Simulation German income and social security tax payments using SOEP. *Cross-National Studies in Aging Program Project Paper* 19. Syracuse.
- Shorrocks, Anthony F. 1984. Inequality decomposition by population subgroups. *Econometrica* 52(6): 1369–1385.

- Stamm Hanspeter, Markus Lamprecht und Rolf Nef. 2003. *Soziale Ungleichheit in der Schweiz. Strukturen und Wahrnehmungen*. Zürich: Seismo.
- Visser, Jelle und Daniele Cecchi. 2009. Inequality and the labour market: Unions. S. 230–256 in *The Oxford Handbook of Economic Inequality*, hrsg. von Wiemer Salverda, Brian Nolan und Timohty Smeeding. Oxford: Oxford University Press.
- von Weizsäcker, Robert K. 1996. Does an ageing population increase inequality? *CEPR Discussion Paper* 1322.
- Voorpostel, Marieke, Robin Tillmann, Florence Lebert, Bryce Weaver, Ursina Kuhn, Oliver Lipps, Valérie-Anne Ryser, Flurina Schmid und Boris Wernli. 2010. *Swiss Household Panel Userguide (1999–2009), Wave 11*. Lausanne: Swiss Household Panel, FORS.
- Wagner, Gert G., Jan Göbel, Peter Krause, Rainer Pischner und Ingo Sieber. 2008. Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender). *AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv* 2(4): 301–328.
- Wilkinson, Richard G. und Kate E. Pickett. 2009. *The spirit level: Why greater equality makes societies stronger*. New York: Bloomsbury Press.
- Worner, Shane Mathew. 1996. The effects of assortative mating on income inequality: A decompositional analysis. *Centre for Economic Policy Research DISCUSSION PAPER* 538.